

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Inländische Abträge 2 RM. Auslandsendungen 3 RM. 50 Pf. Postkonten sind gegen Aufzahlung des Betrages einlöslich. In der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschalteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeit 20 Rpfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfg., die 2-spaltige Reklameweile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachwehungsgebühr 20 Reichspennige. Sonntags- und Feiertagsanzeigen sind nach Möglichkeit anzunehmen bis vornehmlich 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch ist erst, wenn der Bezug durch die Redaktion bestätigt ist, wenn der Bezug durch die Redaktion bestätigt ist, wenn der Bezug durch die Redaktion bestätigt ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 57 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 8. März 1930

Dienst am Volke.

Der Schöpfer der deutschen Flotte. — Das Ziel der Reichswehr. — Rachhutgefechte.

Fast zwanzig Jahre hindurch hat der jetzt verlorbene Großadmiral v. Tirpitz auf der „Ministerbank“ des Reichstages gesessen. Nur ein einziger unter den Trägern ministerieller Verantwortlichkeiten ist ihm darin „über“ gewesen, seit das Deutsche Reich 1871 wiedererstand: Bismarck. Auch dann, wenn man davon absieht, daß Bismarck vorher schon über acht Jahre preussischer Ministerpräsident, dann aber auch schon mehr als drei Jahre Kanzler des Norddeutschen Bundes gewesen ist. Außerdem hat Tirpitz noch vier Jahre hindurch als Abgeordneter dem Reichstag angehört — und so hat man denn von mancher Seite erwartet, daß auch in der Reichstagsitzung am Donnerstag gerade dieses Toten gedacht würde, wie es doch in der gesamten Presse des In- und eines großen Teiles auch des Auslandes geschehen ist. Unbeschadet der Ansicht, die man über das Wirken dieses Mannes haben mag; denn er gehört doch auf alle Fälle zu den prominentesten Persönlichkeiten der deutschen Vorkriegszeit. Abgesehen ein Mann, dem es einmal gelungen ist, eben den ganzen Reichstag zu einer stark wirkenden außenpolitischen Geste zu veranlassen: gegenüber den englischen Kriegsbrohungen Lord Georges anlässlich der Agadir-Krise wurde vom Reichstag der Marinestat in fünf Minuten unverändert angenommen und die damals in Opposition befindliche Sozialdemokratie setzte dem auch keinen Widerstand entgegen. Der Erfolg dieser unmissverständlichen Stellungnahme der deutschen Volksvertretung ist dann nach außen hin nicht ausgeblieben. Noch einmal — leider nur für ein paar Jahre — blieb der Friede erhalten. Die Reichsregierung aber gab selbstverständlich ihr Beifeld den Angehörigen Land und der jetzige Nachfolger im Amt des früheren Staatssekretärs der Marine, Reichswehrminister Gröner, dem ja auch die Weidmariner untersteht, gedachte noch besonders des „Schöpfers der deutschen Flotte“. Das geschah, weil eben „der Name dieses Mannes für alle Zeiten der Geschichte angehört“, was auch politische Gegner des Verstorbenen nicht bestreiten, geschah jenseits aller politischen Einstellung von gestern und heute.

Denn der Reichswehrminister Gröner ist scharfer Gegner jeder Parteipolitik in der Reichswehr und der Reichsmarine; als er vor zwei Jahren Minister wurde, hat er seiner festen Absicht Ausdruck gegeben, jede Parteipolitik von der Beherrschung des Reiches fernzuhalten. Wieder hat er sich sehr deutlich gegen jeden Versuch der radikalen Linken und Rechten gewandt, auf Scharfschützen parteipolitischen Einflusses auf die Reichswehr und Reichsmarine zu gewinnen, in einem Sinne auf die Angehörigen der Beherrschung einzuwirken, der sich als Ziel die Hertrümmung des Staates von heute sieht. „Dem Staat allein zu dienen, ihn fern von aller Parteipolitik gegen den ungeheuren äußeren Druck und inneren inneren Hader zu retten und zu erhalten, ist unser einziges Ziel.“ Die Voraussetzung dafür, daß das deutsche Volk den ihm durch die unabänderliche Wirklichkeit vorgezeichneten Weg in eine hoffentlich wieder bessere Zukunft ungehindert gehen kann, sei das Bestehen einer starken Staatsgewalt und damit eines von parteipolitisch radikalen Differenzen nicht geschwächten Machtmittels. Dienst am Staat, und zwar fern von jenen Extremen — darin liege „der Stolz des Soldaten und die beste Tradition aus alter Zeit“. Dieser Hinweis auf das Einst ist richtig; denn das Meer und die Marine waren einer der festesten Ringe, die um das staatsrechtlich noch allzu lose Gefüge des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit gelegt waren. Dieser Ring ist schonal geworden, wurde zum Teil durch andere Bindungen ersetzt.

Nicht resignieren bedeutet die Festhaltung, daß es nach Auffassung der Mehrheit im deutschen Volke keinen Mann und kein Mittel gibt, die uns mit einem Schläge aus jenem Druck und jener Not herauszureißen vermöchten. Aber bei dem seit Wochen tobenden Streit um die Mittel, die von unserem Schicksalweg schwere Hindernisse des Augenblicks entfernen sollen, und angesichts des vielen Unerfreulichen dabei möchte man an eine alte militärische Mahnung denken, die es als schlimmsten Fehler bezeichnete, gar nicht zu handeln. Vielleicht — man möchte es hoffen — sind es sozusagen nur Rachhutgefechte, wenn in manchen Regierungsparteien der Deckungsplan für das Defizit in den Reichskassen mehr oder minder heftig kritisiert wird. Zeit genug, zu handeln oder in ihren Augen Besseres vorzuschlagen, hat man wirklich gehabt. Resignation auf manches, was dieses oder jenes „Partei-programm“ fordert, den Weg des Möglichen auch hier anzuschlagen, „fern von den Extremen“ eines parteipolitischen Dogmatismus, und diesen Weg — schnell zu beschreiten, ist vornehmlicher Dienst am Volk. Und man möchte gerade in den jetzigen Tagen an eine Mahnung erinnern, die des deutschen Volkes gegenwärtiger Reichspräsident von Hindenburg mit den Worten seiner letzten Neujahrsbotschaft zum Ausdruck brachte: „Wer entschlossen Hand mit anlegt und mitarbeitet an den Aufgaben der Gegenwart und den Aufbau der Zukunft, — der handelt wahrhaft national!“ Dr. Br.

Das Ende eines schweren Konfliktes

Demission des Reichsbankpräsidenten

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab dem Zentralkomitee der Reichsbank bekannt, daß er die erforderlichen Schritte getan habe, um eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages herbeizuführen. Der Grund zu diesem Entschluß liegt in seiner Auffassung vom Haager Schlussprotokoll. Dr. Schacht wird jedenfalls so lange im Amt verbleiben, bis über die Wahl eines Nachfolgers Entscheidung getroffen werden kann.

Diese etwas verklausulierte Erklärung bedeutet, daß Schacht in nächster Zeit von seinem Posten zurücktreten werde.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht machte ferner folgende Mitteilung:

Von Zeit zu Zeit gehen völlig aus der Luft gegriffene Nachrichten über die angebliche Höhe der Dienstbezüge und über Abfindungen der Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums durch die Presse. Die neuerdings sogar zu Anfragen im Parlament geführt haben.

Das Reichsbankdirektorium hat in vertraulichen Besprechungen in den Ausschüssen des Reichstages die genannten Ziffern aller Dienstbezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums genannt und wünscht hier öffentlich zu erklären, daß die genannten Ziffern maßlos übertrieben sind.

Abfindungen beim Ausscheiden aus dem Dienst werden weder an den Präsidenten noch an die Mitglieder gezahlt.

Es ist bekannt, daß Dr. Schacht in der Frage der Durchführung des Young-Planes eine andere Stellung eingenommen hat als die deutsche Regierung. Sein Austritt aus der Haager Konferenz, wo er die Mitwirkung der Reichsbank an der Internationalen Bank als

fraglich bezeichnete und von Bedingungen abhängig machen wollte, führte seinerzeit zu einem scharfen Konflikt. Besonders die Sozialdemokratie hatte ihm damals den Kampf angesagt. Sein Rücktritt dürfte jetzt den Kampf um die Unabhängigkeit der Reichsbank von neuem entschärfen.

Kursstürze an der Börse.

Die Nachricht vom Rücktritt des Reichsbankpräsidenten wurde am Schluß der Berliner Börse mit und bewirkte infolge der daraufhin einsetzenden Abgaben der Spekulation, denen keine Aufnahmerichtigung gegenüberstand, auf einzelnen Gebieten starke Kursstürze.

Amerika zum Rücktritt Schachts.

New York, 7. März. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten hat hier völlig überrascht. Soweit ihm bisher aus amerikanischen Bankkreisen Urteile über den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten hört, wird dort im Interesse Deutschlands der Entschluß Dr. Schachts bedauert. Es wird hinzugefügt, daß man noch vor etwa 2 Jahren diesen Rücktritt für geradezu bedenklich gehalten hätte. Inzwischen hat sich nicht zum wenigsten durch das Ansehen, das Schacht hier als Stütze der deutschen Währung genießt, das Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft so gestärkt, daß man erwartet, auch der Rücktritt Dr. Schachts werde in Deutschland keine allzu schwerwiegenden Erschütterungen hervorrufen. Interessant ist die Ansicht, die man vielfach in New Yorker Bankkreisen hört, man würde nicht überrascht sein, wenn Dr. Schacht auf das zu erwartende Drängen der in Betracht kommenden Kreise seinen Posten als Reichsbankpräsident doch noch wieder übernehmen würde.

Keine Inflationsgefahr!

Dr. Moldenhauer über den Rücktritt Schachts.

Weiterberatung des Young-Planes.

Berlin, 7. März.

Mit bedeutender Energie und, man möchte fast sagen mit außerordentlichem Eifer, trat heute der Finanzminister Dr. Moldenhauer vor den Reichstag, um sein Wort für die Annahme des Young-Planes in die Bagdatsche zu werfen. Allgemein atmeten wir die Darlegungen Moldenhauers, als er nach einer Anregung aus dem Hause den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht besprach. Er, der Minister, hält Schacht für eminent befähigt zu seinem Amt, aber auf seinen politischen Wegen habe er ihm nicht zu folgen vermocht. Dieser Schacht auf diesem Wege in Widerspruch zum Young-Plan, den die Regierung für notwendig halte, so sei allerdings der Entschluß zum Rücktritt die natürliche Handlung eines charaktervollen Mannes.

Während dieser Ministerrede geriet das Haus wiederholt in von Widersprüchen genährte lebhaftige Erregung, aber zum Schluß konnte Dr. Moldenhauer den sinnfälligsten Verlauf der Mehrheit buchen.

Sitzungsbericht.

(136. Sitzung.)

OB. Berlin, 7. März.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Young-Planes und der damit verbundenen Besetzung nimmt zunächst das Wort Abg. Frhr. von Rheinbaben (D. Vp.): Er erstattet Bericht über die Verhandlungen der Ausschüsse betreffend die Liquidationsabkommen.

Abg. von Rheinbaben weist darauf hin, daß durch den Verfall der Verhältnisse hinsichtlich Polens eine besondere Regelung erfahren hätte. Die auch vom Reichsbankpräsidenten Schacht erwähnten 2½ Milliarden, die Deutschland durch die Abtretung deutschen Gebietes an Polen verloren habe, könnten leider bei der Liquidationsaufrechnung keine Rolle spielen, weil diese Abtretung eine politische zwangsläufige Wirkung des Versailles Diktats gewesen sei. Trotz der schweren Mängel des Polenabkommens liege keine Annahme im Interesse der Ostpolitik und der deutschen Minderheiten in Polen. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter erklärt der Redner, er werde gerade als schlesische Abgeordneter für das Abkommen stimmen, während ein Teil der vorkriegsrepublikanischen Fraktion sich nicht dazu entschließen könne. Der Redner empfiehlt die von den Regierungsparteien eingebrachte Entschließung.

Abg. Damm (D. Vp.): Auch die Deutsche Volkspartei sieht im Young-Plan keine endgültige Liquidation des Krieges. Auch dieser Plan bedeutet immer noch eine Gewalttatigkeit der anderen gegen Deutschland. Die bisherige Leistung des Young-Planes betrage 3 Milliarden. Zweifelloser bringe der Young-Plan wesentliche Erleichterungen gegenüber dem Dawes-Plan. Es sei außerordentlich bedenklich, durch juristische Fiktionen dem Young-Plan eine Auslegung zu geben, die unseren Segnern größere Rechte einräume, als sie bei objektiver Auslegung haben würden.

Abg. Stöcker (Komm.) betont, daß der Young-Plan zwar

Erleichterungen zur das Finanzkapital bringe. Für das wertvolle Volk bedeute er nur eine ungeheure Umwälzung.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei): Die Entscheidung des Young-Planes hängt zusammen mit der Gesundung der Reichsfinanzen. Bedauerlich ist es, daß die Regierung heute noch immer das Volk

mit Verheißung von Steuererleichterungen täuscht,

an die sie selbst nicht glaubt. Der Redner warnt vor einer weiteren Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten sei ein sehr bedauerliches und bedeutsames Symptom der Zukunft.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Keiner der deutschnationalen Redner hat einen anderen Weg aus der jetzigen Situation als die Annahme des Young-Planes gewiesen. Eine Revision wird um so sicherer kommen, je weniger man davon spricht. Man kann heute nicht mehr an ein Zusammenbrechen des Polen glauben; sonst wäre der Polenvertrag überflüssig.

Voraussetzung jeder Ostpolitik!

ist die vermehrte Sorge für den deutschen Osten. Der Anschluß Österreichs muß mit erhöhter Kraft betrieben werden. Deutschlands Stellung im Völkerverbund muß wachsen und das kann nur geschehen, wenn wir nicht immer wie Hypnotisierte auf die Reparationen schauen müssen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer.

Der Minister wendet sich im Anfang gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners Dr. Reichert, der den Dawes-Plan als günstiger hingestellt habe. Diese Behauptungen seien nicht richtig. Die Maßnahmen des Reparationsagenten unter dem Dawes-Plan hätten praktisch zur Drosselung der ausländischen Anteile für Deutschland geführt. Die Stabilität der deutschen Währung wird durch den Young-Plan ebenso wie durch den Dawes-Plan verbürgt. (Abg. Dr. Reichert [Dn.] ruft: Warum ist denn Schacht zurückgetreten?) Der Minister antwortet: Sie wissen, daß zwischen dem Reichsbankpräsidenten und der Reichsregierung Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Haager Protokolls bestehen (Hört! Hört! rechts); das dürfte seit einiger Zeit allgemein bekannt sein (große Heiterkeit). An der Frage der Unabhängigkeit der Reichsbank und des Reichsbankpräsidenten hat das nicht das geringste zu tun. In den neuen Bankbestimmungen ist nichts enthalten, was irgendwie der Unabhängigkeit der Reichsbank Abbruch täte. Der Reichsbankpräsident hat das gute Recht, von seinem Amt zurückzutreten, wenn er glaubt, die Verantwortung für den Young-Plan nicht tragen zu können. Von seiten der Reichsregierung ist auf Dr. Schacht nicht der geringste politische Druck ausgeübt worden zum Rücktritt. Persönlich habe ich — sagt der Minister — den Reichsbankpräsidenten gebeten, auf seinem Posten zu bleiben, weil ich ihn für eine durchaus geeignete Persönlichkeit dazu betrachte. Aber seine politischen Möglichkeiten habe ich mir allerdings ein anderes Urteil gebildet. Schacht geht den Weg, den ein Mann gehen muß, wenn er sich einmal so in das politische Leben vorgebracht hat, sonst würde er die Aufgaben der Reichsbank vielleicht schädigen. Es ist nicht zu leugnen, daß im Augenblick der Reichsregierung durch den Rücktritt eine gewisse Unbequemlichkeit geschaffen wird. Auf einen Jurist von rechts erwidert der Minister, der Nachfolger Schachts werde vom Generalrat gewählt, in dem die Reichsregierung nicht vertreten sei. Der Generalrat werde gewiß eine Persönlichkeit auswählen, die